

Stagnation im Trend - Leben mit gesättigten Märkten, stagnierenden Ökonomien und verkürzten Arbeitszeiten

Norbert Reuter

Ökonomischem Wachstum kommt in Wirtschaftstheorie und -politik nach wie vor zentrale Bedeutung zu. Auch in der jüngsten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist es allgemein erklärtes Ziel, auf einen möglichst hohen Wachstumspfad zurückzukehren. Übersehen wird dabei, dass in allen entwickelten Industrieländern ein dekadentübergreifender Trend zurückgehender Wachstumsraten zu beobachten ist. Zugleich bleibt die tatsächliche Wirtschaftsleistung hinter der möglichen zurück, was als stagnativer Trend zu verstehen ist. Diese Entwicklung kann mit endogenen Wachstumsgrenzen, ausgelöst durch zunehmende Sättigungstendenzen und Präferenzveränderungen, begründet werden. Kurzfristig können Wachstumsreserven durch Umverteilung von „oben nach unten“ zur Stützung der noch weitgehend ungesättigten Massennachfrage und einen deutlichen Anstieg öffentlicher Ausgaben mobilisiert werden. Langfristig wird man Arbeitslosigkeit aber mit einer sukzessiven Arbeitszeitverkürzung begegnen müssen. Mehr Wohlstand geht dann nicht mehr mit zunehmendem Konsum, sondern mit mehr Freizeit einher.

Die gegenwärtige Krise ist durch einen dramatischen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums gekennzeichnet. Japan und Deutschland führen die weltweite Skala mit einer Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes von sechs und mehr Prozent an. Allerdings ist diese jüngste Entwicklung nur hinsichtlich ihres Ausmaßes, nicht aber in ihrer grundlegenden Richtung bemerkenswert. Bereits seit den 1950er Jahren weisen die Wachstumsraten aller entwickelten Industrieländer einen Trend nach unten auf – trotz aller proklamierten Wachstumspolitik (siehe u.a. Bandholz/Flaig/Mayr 2005).

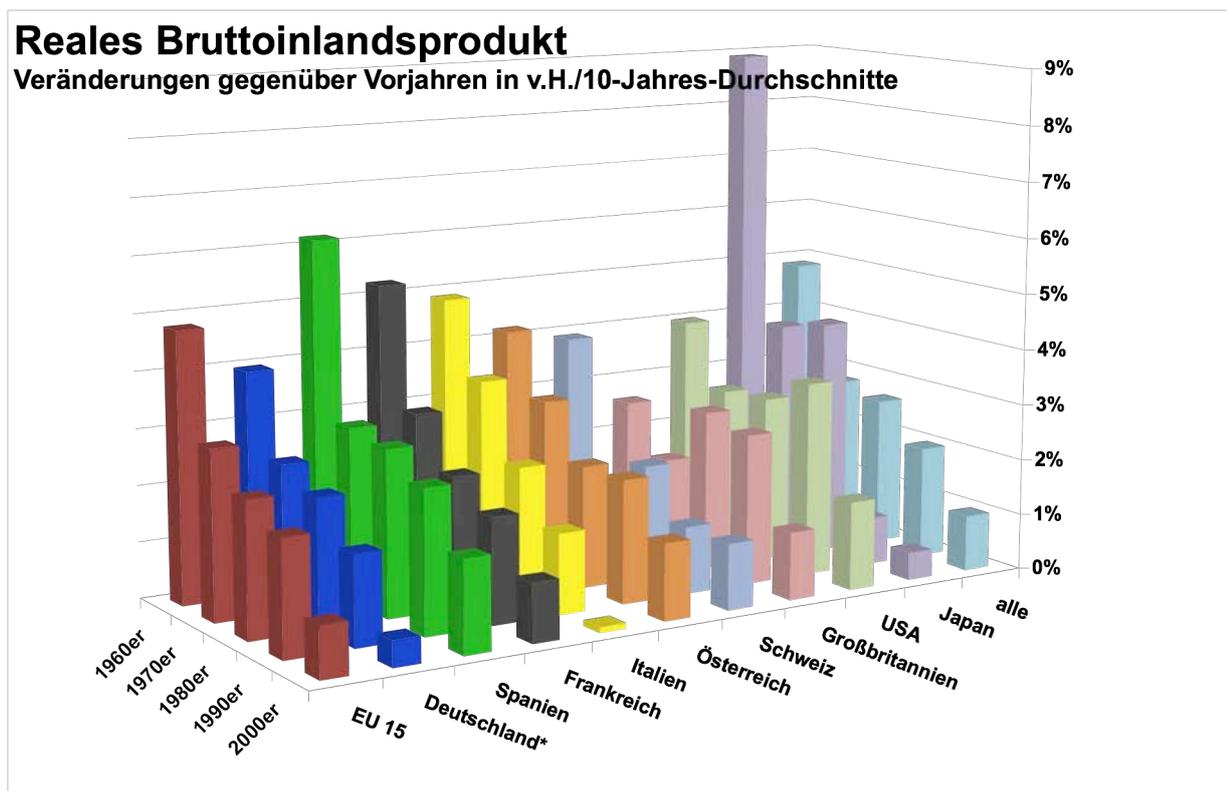


Abb. 1: Reales Bruttoinlandsprodukt

Die BIP-Wachstumswerte sind in Prozent angegeben und entsprechen jeweils einem 10-Jahres-Durchschnitt.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten, laufende Ausgaben.

Der aktuelle weltweite Wachstumseinbruch sorgt lediglich dafür, dass sich der Wachstumstrend noch weiter verlangsamt. Die meisten Industrieländer wiesen inklusive der aktuellen Wachstumseinbrüche in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends im Durchschnitt sogar ein jährliches Wachstum von Null oder nahe bei Null auf. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung steht hierfür symptomatisch (vgl. Abb. 2).

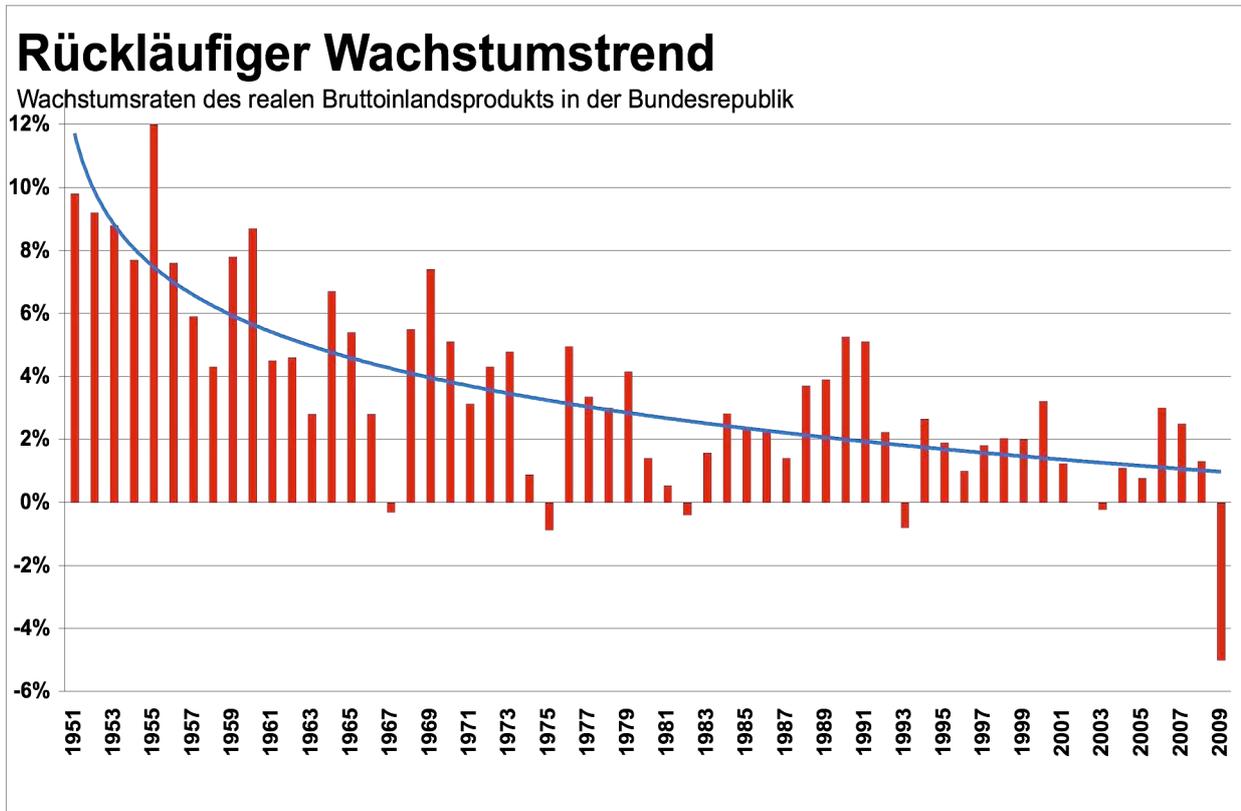


Abb. 2: Rückläufiger Wachstumstrend

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

Vor allem neoliberale Ökonomen sehen die derzeitigen weltweiten wirtschaftlichen Einbrüche primär als Folge der anhaltenden Niedrigzinspolitik in den USA seit den Zeiten von Notenbankpräsident Alan Greenspan. Sie gehen davon aus, dass die industrialisierte Welt eher früher als später wieder auf einen Wachstumspfad einschwenken wird. Bis dahin seien lediglich „Brücken über die Krise“ zu bauen, wie es die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel plakativ formuliert hat. Dabei wird jedoch völlig übersehen, dass die gesamte weltwirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren mit einem Anstieg globaler Ungleichgewichte verbunden war. Insbesondere das Wachstum der großen Exportnationen Deutschland, China und Japan war nur möglich, weil andere Länder – insbesondere die USA – sich massiv verschuldet haben. Diese Entwicklung war alles andere als nachhaltig und wird sich nach Überwindung der derzeitigen Krise nicht fortsetzen lassen.

Hinzu kommt, dass die umfassenden Deregulierungen, die unter dem weltweiten Schlachtruf „Mehr Markt – weniger Staat!“ in den letzten Jahren nahezu in allen Ländern durchgeführt wurden (Bofinger 2009, S. 85 f.), nichts am Trend eines sich

langfristig abflachenden Wachstums geändert haben. Dieser Befund, zusammen mit den sich zuspitzenden ökologischen Problemen und dem aktuell noch einmal weltweit dramatisch einbrechenden Wachstum, sollte Anlass genug sein, das herkömmliche Wachstumsdenken zu hinterfragen und nach den Ursachen der langfristig abnehmenden Wachstumsraten in reifen Industrieländern zu fragen.

Vom Mangel zum Überfluss

Die Selbstverständlichkeit, mit der von der Möglichkeit einer Wiederherstellung hoher Wachstumsraten nach Überwindung der derzeitigen Krise ausgegangen wird, ist erstaunlich – vor allem auch deshalb, weil eine fundierte Begründung für die behauptete Möglichkeit dauerhaft hoher und in der Tendenz sogar wieder steigender Wachstumsraten, also laufend steigender absoluter Zuwächse, gänzlich fehlt. Hier unterscheiden sich neoliberale oder neoklassische Ansätze erstaunlicherweise kaum von alternativen oder „linken“. Sofern dieses Desiderat überhaupt als solches empfunden wird, erfolgt in der Regel lediglich der Hinweis auf zwei Annahmen, die aus angebots- wie nachfrageseitiger Sicht eine weitere Beschäftigung mit endogenen Wachstumsgrenzen scheinbar obsolet machen:

1. Nachfrageseite: Aus unbegrenzten Bedürfnissen folge zwangsläufig und unabhängig von der individuellen Einkommenshöhe eine ebenso unbegrenzte Nachfrage, was ein laufend steigendes Bruttoinlandsprodukt sowohl nötig wie auch möglich mache. Aus dieser Sicht erzwingt die menschliche Natur gewissermaßen dauerhaftes Wachstum.

2. Angebotsseite: Die Möglichkeiten zu Erfindungen (Inventionen) und deren Umsetzung in marktfähige Produkte (Innovationen) seien zu allen Zeiten gleich und grundsätzlich unbegrenzt. Expansionsgrenzen sind somit auch angebotsseitig auszuschließen.

Diese Axiome untermauern die unbegrenzte Wachstumsvermutung nur auf den ersten Blick. Sie passen zu einer Zeit, als der Mangel noch allgegenwärtig war. Hier hatten sie zweifellos auch ihre Gültigkeit. Fortgeschrittene Industriegesellschaften stellen jedoch keine Mangelgesellschaften mehr da. Insofern können diese Prämissen keine überhistorische Gültigkeit beanspruchen. Hierauf weist schon die unübersehbare Tatsache hin, dass in fortgeschrittenen („reifen“) Industriegesellschaften auf der Angebotsseite ein immer größerer finanzieller, institutioneller, technischer und organisatorischer Aufwand betrieben werden muss, um neue (oder was man dafür hält) und zusätzliche Produkte erfolgreich vermarkten zu können.

Ungeachtet dessen weist wirtschaftliches Wachstum im Verständnis der Wachstumsprotagonisten prinzipiell keinen sinkenden Grenznutzen auf. Wachstum hat demnach in Mangel- wie in Überflusgesellschaften gleich hohe Bedeutung. Es sei in entwickelten Industriegesellschaften genauso notwendig, dringend und möglich, wie es vor der Industriellen Revolution war. Diese Position wurde schon früh von dem amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith kritisiert (Galbraith 1970). Von der Nachfrageseite her bestünden somit grundsätzlich keine Wachstumsrestriktionen. Niedriges Wachstum bei gleichzeitig bestehender Arbeitslosigkeit ist jener Logik zufolge immer entweder Folge zu starker oder zu schwacher oder auch falscher Eingriffe des Staates – je nach wirtschaftspolitischen Verständnis. Diese Sichtweise hat in der Ökonomik eine lange Tradition (vgl. Brentano 1924, S. 172 f.; Imobersteg 1967, S. 147; Maußner/Klump 1996, S. 22; Siegenthaler 2000, S. 106; Flassbeck/Spiecker 2007, S. 39 f.). Bereits vor einigen Jahren hat der österreichische Ökonom Helmut Steiner die Kritik an dieser Auffassung wie folgt auf den Punkt

gebracht: „Die atavistischen Verhaltensmuster der Not wirken im Überfluß fort“ (Steiner 1999, S. 112). Ähnlich hatte der Politikwissenschaftler Elmar Altvater kritisiert: „Man will nicht wahrhaben, dass das ökonomische Wachstum nicht geometrisch, sondern linear ist und sich mit der Zeit dem Grenzwert Null naturgesetzlich nähert“ (Altvater 2006, S. 175).

Ohnehin steht die Annahme eines grundsätzlich ebenso möglichen wie nötigen anhaltend exponentiellen Wachstums im Widerspruch zur skizzierten empirischen Entwicklung. Angesichts mehr oder weniger hoher Arbeitslosigkeit und tendenziell reduzierter Arbeitszeiten in der Vergangenheit besteht sogar eine wachsende Kluft zwischen dem tatsächlichen und dem potentiellen Inlandsprodukt, das sich bei Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren ergeben würde. Diese Situation kann als *relative Stagnation* verstanden werden: Das tatsächliche Inlandsprodukt bleibt hinter dem potentiell möglichen zurück. Abb. 3 verdeutlicht diese Konstellation; als potentielles wird hier zur Veranschaulichung ein exponentielles Wachstum von vier Prozent angenommen. Setzt man diesen Expansionspfad, den man bis in die 1970er Jahre noch als ebenso normal wie notwendig angesehen hat (Biedenkopf 2009, S. 70), ins Verhältnis zum tatsächlichen Wachstum, wird die vorherrschende Stagnationstendenz deutlich. Nullwachstum stellt dieser Auffassung zufolge lediglich eine extreme Form von Stagnation dar, ist aber keineswegs ein Synonym für Stagnation. Wachstum und Stagnation schließen sich also nicht aus. Entscheidend ist, dass das System tendenziell unter seinen Produktionsmöglichkeiten bleibt.

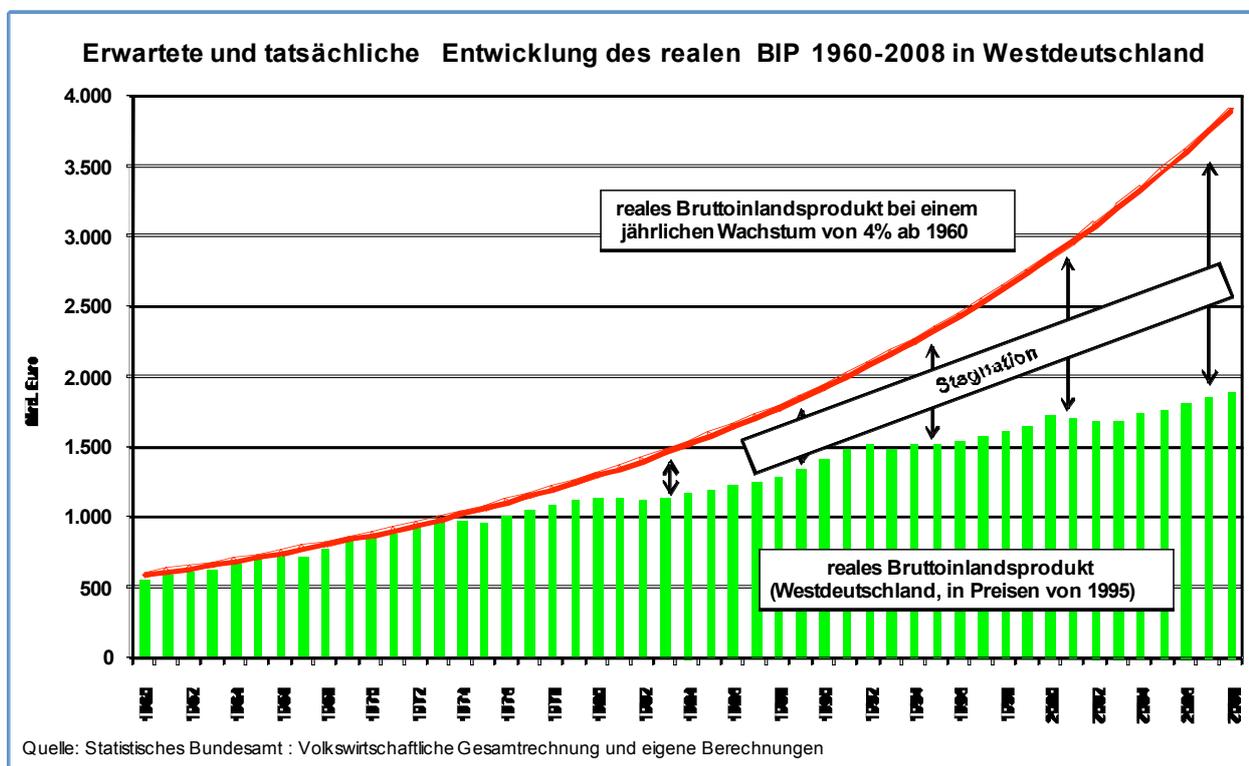


Abb. 3: Erwartete und tatsächliche Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 1960–2008 in Westdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

Warum aber lässt sich eine derartige Stagnationstendenz trotz unterschiedlichster Politikansätze in allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften mehr oder weniger ausgeprägt beobachten? Bereits in einem 1943 veröffentlichten Memorandum hatte der gegenwärtig (freilich mit Blick auf andere Aspekte) zu neuem Ruhm kommende

englische Ökonom John Maynard Keynes eine Langfristprognose vorgelegt, die den empirischen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung ziemlich exakt vorhergesehen hat (Keynes 1943). Die von Keynes angeführten Gründe sollten daher gerade heute von besonderem Interesse sein, um einer Erklärung der beobachteten Entwicklung näher zu kommen.

Keynes' drei Phasen der kapitalistischen Entwicklung

Während des Krieges waren auf Initiative des englischen Finanzministeriums Expertenrunden über ökonomische Probleme der Nachkriegsentwicklung organisiert worden. Mit einem Memorandum, das dem Problem der Arbeitslosigkeit in der Zukunft gewidmet ist, reagierte Keynes auf Diskussionsbeiträge, die aus seiner Sicht nur unzureichend zwischen kurz- und langfristigen wirtschaftspolitischen Anforderungen unterschieden hatten. In diesem drei Jahre vor seinem Tod entstandenen Dokument findet sich gewissermaßen die Quintessenz seiner langjährigen wirtschaftstheoretischen und -politischen Erkenntnisse. In kondensierter Form dokumentiert es seine Auffassung grundsätzlicher Entwicklungsphasen des Kapitalismus. Für die Zeit nach dem Krieg sah Keynes drei voneinander abgrenzbare Phasen:

1. Phase: Hier besteht ein erheblicher Bedarf an Investitionen, um die hohe Nachfrage decken zu können, die sich vor allem durch Wiederaufbau, Nachholbedarf und Mangel an Grundbedarfsgütern ergibt. Das notwendige Investitionsvolumen liegt in dieser Phase deutlich über dem Sparniveau. Gewinne werden kontinuierlich in neue Produktionsanlagen investiert, sei es, um vorhandene Kapazitäten zu erweitern, sei es, um neue Produkte auf den Markt zu bringen, für die hohe Aufnahmebereitschaft besteht, weil die Haushalte nur unzureichend mit Gütern ausgestattet sind. Die optimistischen Absatz- und die damit verbundenen Renditeerwartungen (hohe „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“) werden aufgrund der dynamischen Nachfrage tendenziell erfüllt, sodass Gewinne auch wieder kapazitätswirksam investiert werden. Das „Akkumulationskarussell“, also die Abfolge von Gewinnerwartung, Investitionen und Gewinnen, kommt, marktendogen initiiert, in Fahrt und führt dazu, dass kontinuierlich Kapazitäten aufgebaut werden. Die hohen Wachstumsraten ermöglichen den Unternehmern hohe Gewinne und lassen die Beschäftigung steigen. Höhere Realeinkommen bescheren dem Staat wachsendes Steueraufkommen, das wiederum zur Steigerung der kollektiven Wohlfahrt, zum Ausbau der Infrastruktur, zur Absicherung und Erweiterung der sozialen Sicherungssysteme und so weiter verwendet werden kann.

Um inflationäre Tendenzen zu unterdrücken, bedarf es nach Keynes in dieser Phase einer Wirtschaftspolitik, die einerseits die Höhe des Investitionsvolumens mittels geeigneter Kontrollen reguliert und andererseits auch nicht vor Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückschreckt, um den Konsum zu dämpfen und damit Ersparnisbildung und Investition zu fördern. Vordringlichste Aufgabe der Wirtschaftspolitik dieser Phase ist es, dazu beizutragen, dass der hohe Kapitalbedarf für Investitionen gedeckt werden kann. Dieser Zeitabschnitt lässt sich als die Investitions- und Wachstumsphase des (Nachkriegs-)Kapitalismus bezeichnen.

2. Phase: Sie markiert den Übergang in ein grundsätzlich verändertes Investitionsregime. Das notwendige Investitionsvolumen entspricht weitestgehend der gesamtwirtschaftlichen Sparquote. Einerseits nimmt mit dem Rückgang renditeträchtiger Investitionsgelegenheiten die Investitionsbereitschaft ab, so dass es zu einem nachlassenden privatwirtschaftlichen Kapitalbedarf kommt, andererseits sind die drängendsten Bedürfnisse zunehmend befriedigt, was eine höhere Ersparnisbildung nach sich zieht.

Da der relativ abnehmenden konsumtiven Nachfrage ein relativer Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit entspricht, geht Keynes davon aus, dass bereits in dieser Phase zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes ein nicht unbeträchtlicher Teil aller Investitionen von öffentlichen Stellen entweder selbst getätigt oder zumindest von ihnen beeinflusst werden muss. Als positiven Nebeneffekt eines solchen sukzessiven Übergangs von einem privatwirtschaftlichen zu einem gesamtgesellschaftlich ausgerichteten öffentlichen Investitionsregime sieht Keynes die Glättung von stärkeren Wirtschaftsschwankungen: „Wenn zwei Drittel oder drei Viertel aller Investitionen getätigt sind oder von öffentlichen oder halböffentlichen Körperschaften beeinflusst werden können, sollte ein langfristiges und solides Programm in der Lage sein, den möglichen Schwankungsbereich von wirtschaftlichen Fluktuationen in wesentlich engeren Grenzen zu halten als früher, als ein kleinerer Teil der Investitionen unter öffentlicher Kontrolle stand und sogar dieser Teil die Tendenz hatte, den Schwankungen im strikt privaten Sektor der Wirtschaft zu folgen, statt sie zu korrigieren“ (Keynes 1943, S. 161 f.). Dieser Zeitabschnitt lässt sich als Übergangsphase vom Wachstums- in das Stagnationsstadium bezeichnen.

3. Phase: Dieser Abschnitt ist von einem im Vergleich zum Investitionsvolumen (auf Vollbeschäftigungsniveau) höheren Sparniveau als Ausdruck einer sinkenden Attraktivität des Konsums infolge einer zwischenzeitlich erreichten hohen Güterausstattung der Haushalte geprägt. Sättigungstendenzen auf einer größer werdenden Zahl von Märkten lassen bislang eindeutige „Nachfragesignale“ immer undeutlicher und uneinheitlicher werden, sodass für Investoren die sichere Kalkulationsgrundlage früherer Zeiten fehlt. Für den einzelnen Unternehmer steigt die Unsicherheit über Möglichkeiten und Richtungen zukünftigen Absatzes, sodass privatwirtschaftliche Investitionen an Dynamik verlieren.

Die Wirtschaftspolitik auf dieser Stufe muss im Gegensatz zur ersten Stufe zunächst für einen hohen – und wie Keynes ausdrücklich betont „sinnvollen“ – Konsum sorgen und so einer tendenziell zu hohen Ersparnis entgegenwirken. Allerdings sieht Keynes hierfür nur begrenzte Möglichkeiten. Viel eher sei davon auszugehen, dass die Investitionstätigkeit vom Volumen her so weit abnehmen werde, dass sie irgendwann allein aus den Abschreibungen finanziert werden könne. Keynes greift hier das Bild einer Gesellschaft auf, die in zunehmendem Maße endogen hinter ihren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, also weniger akkumuliert und produziert, als sie akkumulieren und produzieren könnte. Dies macht – vor allem vor dem Hintergrund des gleichzeitig voranschreitenden Produktivitätsfortschritts – eine sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich und ermöglicht mehr Freizeit. Auf dieser Entwicklungsprognose gründet sich auch die Charakterisierung dieser Phase als „goldenes Zeitalter“ (Keynes 1943, S. 162). Am Horizont sah Keynes deutlich die Umriss einer Gesellschaft ohne weiteres Wachstum hervortreten.

Damit wird auch klar, dass es eine schwerwiegende Fehleinschätzung ist, den Keynesianismus auf eine Technik der „antizyklischen Fiskalpolitik“ zu reduzieren, wie es in ökonomischen Lehrbüchern an der Tagesordnung ist. Einer solchen Politik kommt lediglich in einer früheren Entwicklungsphase Bedeutung zu. Langfristig stellt der Keynesianismus eine „Stagnationstheorie der langen Frist“ dar (Zinn 1994, S. 63 ff.; Reuter 2000, S. 151–162, Reuter 2004).

Stagnation als „Wende zum Genug“

So weitsichtig diese Perspektive aus heutiger Sicht erscheint, so vage bleiben dennoch die genaueren Gründe, die Keynes zu seiner langfristigen Stagnationsprognose bewegen haben. Wie an anderer Stelle deutlich wird, geht Keynes von einer Unterscheidung zwischen absoluten (oder unbedingten) und relativen (oder bedingten) Bedürfnissen aus. Erstere – wie das Bedürfnis nach Nahrung – unterliegen zweifellos der Sättigung. Relative Bedürfnisse dagegen – wie das Bedürfnis nach Geltung und Luxus – sind nicht zu sättigen. Mit Blick auf Letztere unterstellt Keynes nun aber, dass diese im Zuge der sich entwickelnden Überflussgesellschaft eine immer geringere Rolle spielen werden. Die zunehmende Sättigung der absoluten Bedürfnisse wird immer weniger durch die Befriedigung relativer Bedürfnisse kompensiert werden können. Im Ergebnis wird das Wachstum zunehmend gedämpft: Es „mag bald ein Punkt erreicht sein, vielleicht viel eher, als wir uns alle bewusst sind, dass wir es vorziehen, unsere weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen“ (Keynes 1930, S. 140).

Eine derartige normative Begründung langfristig zurückgehender Nachfrage und eines daraus folgenden zurückgehenden Wachstums ist allerdings nicht frei von Problemen. Deshalb wird im Folgenden in Ergänzung der Keynes'schen Argumentation zu zeigen versucht, dass es keine notwendige Voraussetzung ist, Bedürfnisse für ganz oder teilweise begrenzt zu halten, um sozioökonomische Grenzen des Wachstums, abnehmende Wachstumsraten oder wirtschaftliche Stagnation in entwickelten Industriegesellschaften begründen zu können. Unbegrenzte Bedürfnisse und endogene Grenzen des Wachstums stellen entgegen weitverbreiteter Meinung keinen Widerspruch dar. Die wichtigsten Aspekte einer endogen erfolgenden „Wende zum Genug“ lassen sich knapp wie folgt umreißen (vgl. hierzu ausführlich Reuter 2000, S. 376–419)

1. Nicht jedes Bedürfnis führt automatisch zu einem *ökonomischen* Bedarf. So zieht etwa das Bedürfnis nach Schlaf keinen ökonomischen Bedarf nach sich. Auch kann ein und dasselbe Bedürfnis – wie etwa das nach Erholung und Entspannung – auf verschiedenste Art und Weise befriedigt werden – durch Müßiggehen ebenso wie durch aufwendige Urlaubsreisen. Der erste Fall der Bedürfnisbefriedigung bedarf im Gegensatz zum zweiten keiner oder allenfalls einer geringen Inanspruchnahme von Produktionsfaktoren, hat demnach – wie auch die Befriedigung des Vorsorgebedürfnisses durch Ersparnisbildung – auch keine oder nur marginale Auswirkungen auf das Sozialprodukt. Aus unbegrenzten Bedürfnissen resultiert also nicht automatisch und notwendigerweise eine immer höhere Nachfrage nach wirtschaftlicher Leistung. Entscheidend ist, *wie* sich Bedürfnisse im historischen Verlauf in konkreten Bedarfen artikulieren. Dies kann zu einer höheren Nachfrage nach wirtschaftlichen Gütern führen, muss aber nicht (Maslow 1954/1978, S. 59).

2. Menschliches Handeln ist institutionell rückgebunden. Ein als „normal“ angesehenes Wachstum von drei oder vier Prozent pro Jahr – also ein exponentieller Wachstumsverlauf – würde binnen weniger Jahrzehnte aufgrund der enormen Steigerung der absoluten Zuwächse eine rasante Veränderung der Konsum- und Lebensgewohnheiten erforderlich machen. Ein dreiprozentiges (vierprozentiges) Wachstum eines Sozialproduktes in Höhe von einer Billion Euro bedeutet eine Zunahme um 30 (40) Milliarden Euro im ersten Jahr. Nach nur zehn Jahren erfordert dasselbe prozentuale Wachstum eine Steigerung des Sozialprodukts von einem Jahr auf das nächste um rund 39 (57) Milliarden Euro, nach zwanzig Jahren bereits um rund 53 (84) Milliarden Euro, nach 50 Jahren bereits um 128 (273) Milliarden Euro. Damit

würde sich die paradoxe Situation ergeben, dass das einzig Beständige gewissermaßen die immer schnellere Veränderung sein würde.

Weil Institutionen für den Menschen eine lebensnotwendige Entlastungsfunktion haben, die ihn in einer immer komplexer werdenden Welt zum Handeln befähigen (Gehlen 1956/1986), dies aber auf der anderen Seite bedeutet, dass institutionalisierte Verhaltensweisen, also auch Konsumgewohnheiten, eine große Trägheit und Beharrungskraft an den Tag legen, muss exponentielles Wachstum früher oder später an dieser *Conditio humana* scheitern (Scitovsky 1977). In einer alternden Gesellschaft, die die Realität aller entwickelten Industriegesellschaft darstellt, stellt sich dieses Problem sogar mit besonderem Nachdruck. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass technische Neuerungen von der älteren Generation deutlich weniger zur Kenntnis genommen werden, geradezu eine „Technikaversion vieler älterer Menschen“ (Kaapke u.a. 2005, S. 108) zu beobachten ist. Damit können sich neue Technologien in alternden Gesellschaften allenfalls langsam, im Extremfall nur generationenübergreifend durchsetzen.

Die Tatsache, dass für entwickelte Industrieländer statt erwarteter exponentieller nur weitgehend lineare Wachstumsverläufe – also jährlich gleichbleibende absolute Zuwächse – charakteristisch sind (Afheldt 1994), korrespondiert mit den beschriebenen institutionellen Grenzen des Wachstums. Vor dem Hintergrund dieser institutionentheoretischen Deutung von Wachstumsprozessen können die im empirischen Trend generell abnehmenden Wachstumsraten nicht auf „Wachstumsschwäche“, „mangelnde Innovationsfähigkeit“, „zu hohe Kostenbelastung der Wirtschaft“ oder Ähnliches zurückgeführt werden. Vielmehr scheinen sich hierin lediglich institutionell rückgebundene Verhaltensmaximen widerzuspiegeln, die nicht oder nur in engen Grenzen der wirtschafts-, werbe- und innovationspolitischen Steuerbarkeit unterliegen.

3. Die Unterscheidung von Bedürfnissen auf der einen und historisch und räumlich rückgebundenem Bedarf auf der anderen Seite eröffnet einen relativistischen Blick auf die Wachstumswirkung von Innovationen im Zuge des technischen Fortschritts. Vor dem Hintergrund, dass ein Bedürfnis auf verschiedene Art und Weise befriedigt werden kann, verändert sich der Blick auf technologische Innovationen, dem angeblich unerschöpflichen Wachstumsmotor. Ähnlich wie bei den Bedürfnissen lässt sich zeigen, dass aus der Vorstellung, die technische Entwicklung kenne keine Grenzen, nicht zwangsläufig eine Wachstumsnotwendigkeit folgt (Schaaff 1990). Sobald nämlich neue Produkte alte substituieren, also vorhandene Bedürfnisse lediglich „besser“ oder zumindest „anders“ befriedigen als bisher, reduziert sich die Wachstumswirkung auf den Saldo des Aufwands von alter und neuer Produktion. Kann die Produktinnovation einen konkreten Bedarf mit geringerem Aufwand an Produktionsfaktoren (Arbeit und Natur) befriedigen, ist die Wachstumswirkung langfristig sogar negativ. Sobald ein neues Produkt ein altes vollkommen substituiert (z.B. Schellack- und Vinyl-Schallplatten durch Compact Disks und gegenwärtig diese wiederum durch verschiedene Formen rein elektronischer Speicherung, etwa im MP3-Format), kommt es über kurz oder lang zu einem umfassenden Produktions- und Beschäftigungsabbau in dem alten Produktionsbereich, dem aber kein im Umfang gleichwertiger Produktions- und Beschäftigungsaufbau in dem innovativen Produktionsbereich gegenübersteht, jedenfalls nicht gegenüberstehen muss.

Daher sind Produktinnovationen nicht notwendigerweise eine Kompensation für den langfristig wachstumsdämpfende Effekte von Prozessinnovationen. Eine langfristige Steigerung der Produktion und damit des Wachstums wäre nur denkbar, wenn in dem Maße, in dem durch Substitutions- und Rationalisierungseffekte Einsparungen entstehen, die nicht dauerhaft durch Absatzsteigerungen aufgefangen werden kön-

nen, an anderer Stelle grundsätzlich neue Gebrauchsgüter geschaffen und abgesetzt werden können, die keine Verdrängung bestehender Produkte nach sich ziehen.

Die Geschichte der Technik deutet allerdings darauf hin, dass es derartige, als „revolutionär“ zu bezeichnende Innovationen immer weniger gibt. Es fällt sogar schwer, überhaupt Produkte zu identifizieren, die in der jüngeren Vergangenheit grundsätzlich neue Gebrauchswerte geschaffen haben. Vielmehr scheint die Entwicklung von Produktinnovationen auf hohem Versorgungsniveau die Einschätzung von Gertrud Neuhauser zu bestätigen, dass jeweils nur „alte“ Bedürfnisse auf neue Art – und oftmals mit geringerem Einsatz von Produktionsfaktoren (wie ein Vergleich von Grammophon und MP3-Player zeigt) – befriedigt werden (Neuhauser 1964).

4. Offensichtlich sind der Entwicklung grundsätzlich neuer Produkte, die den sektoralen Sättigungs- wie globalen Einspareffekten adäquat entgegenwirken können, nicht nur von der Angebotsseite her Grenzen gesetzt. Hierauf macht insbesondere die Konsumforschung aufmerksam. Mit abnehmender Dringlichkeit des Konsums und dem Anstieg der disponiblen Einkommen nimmt die Heterogenität des Verbraucherverhaltens zu. Selbst umfangreiche Marktstudien vermögen die ausufernde Heterogenität des Verhaltens der Konsumenten nicht mehr zu fassen (Wiswede 1990), sodass die Einführung neuer Produkte zum ökonomischen Glücksspiel wird und „die Flop-Rate ins Unermeßliche“ (Eggert 1997, S. 163) steigt. Man stelle sich in dem Zusammenhang nur allein vor, welche Auswirkungen es auf die Wirtschaftsleistung haben würde, wenn keinerlei Werbemaßnahmen mehr unternommen würden: Nach Angaben der Werbewirtschaft liegen die Ausgaben für Werbung (Personal- und Materialaufwand inklusive Schaltkosten) in Deutschland bei rund 30 Milliarden Euro im Jahr 2008 – und damit in der Größenordnung des jährlichen realen Zuwachses des deutschen Bruttoinlandsprodukts (Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) 2008).

Die in reifen Industriegesellschaften zu beobachtende Verschlechterung der Akkumulationsbedingungen des Kapitals infolge nachfrage- wie angebotsseitig bedingt wachsender Unsicherheiten ist als unumkehrbare Beeinträchtigung unternehmerischen Handelns zu werten, die Unternehmern und Investoren früherer Epochen gänzlich unbekannt war. Hieraus kann auf eine weitere Wachstumshürde geschlossen werden, die immer schwerer zu überwinden ist. Auch Keynes (1983, S. 266) hatte das Moment der Unsicherheit infolge zunehmender Bedürfnissättigung und -differenzierung zu einer Grundlage seiner Investitionstheorie gemacht und hiermit seine Stagnationsprognose untermauert (Zinn 1994, Reuter 2004).

5. Der ständigen Erweiterung des Konsumgüterangebots als notwendige Bedingung des Wachstums steht als definitiv limitierender Faktor die nur begrenzt verfügbare Zeit entgegen.

Obwohl Bedürfnisse nie an ein Ende gelangen, sind sie mit Blick auf den Faktor Zeit *immer begrenzt*. So ist das Bedürfnis nach Nahrung beispielsweise zwar grundsätzlich unbegrenzt, dennoch hat der Bedarf nach Nahrungsmitteln eine natürliche Obergrenze je Zeiteinheit. Auch „kostet“ Konsum Zeit und verursacht Opportunitätskosten. Der Nutzen einer zusätzlichen Einheit Konsum kann ab einem bestimmten Punkt die Opportunitätskosten der Erwerbsarbeit, die der Kauf dieser Einheit voraussetzt, nicht mehr kompensieren, sodass bei tatsächlicher, empfundener oder drohender „Zeitnot“ (Eggert 1997, S. 194) Freizeit zur Steigerung der individuellen Wohlfahrt an Attraktivität gewinnt.

Auch gibt es innerhalb der Konsumsphäre bei ständiger Vermehrung des Konsumgüterangebots zeitbedingte Grenzen der Konsumtionsfähigkeit. Opportunitätskosten sind auch bei der Entscheidung zu berücksichtigen, ob die begrenzte Zeit konsumintensiv verbracht werden soll oder nicht (Guggenberger 1989). Jede Entscheidung für den Erwerb und die Nutzung eines Produkts geht darüber hinaus zeitlich zu Lasten von Kauf und Nutzung anderer Konsumgüter.

Als Summe dieser Überlegungen zeigt sich: Auch wenn durch die Einbeziehung bedürfnistheoretischer Fragestellungen nicht im Sinne eines strengen Beweises nachgewiesen werden kann, dass die Entwicklung von Bedürfnissen, Bedarf und Nachfrage im historischen Zeitablauf notwendigerweise zu wirtschaftlicher Stagnation führt, erscheint doch die Feststellung gerechtfertigt, dass unbegrenzte Bedürfnisse nicht notwendigerweise einen Antrieb für unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum darstellen. Mehr noch: Die vielschichtige Diskussion der Bedürfnisproblematik fördert endogene Entwicklungstendenzen zutage, die auf wachstumsdämpfende oder eben stagnative Konsequenzen für Volkswirtschaften auf hohem Produktions- und Produktivitätsniveau schließen lassen. Vor diesem Hintergrund lassen sich niedrige oder zurückgehende Wachstumsraten in entwickelten Industrieländern anders bewerten: nicht als Versagen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sondern umgekehrt als Resultat vorangegangener erfolgreicher wirtschaftlicher Expansion (Zinn 1994).

Die spezifische kapitalistische Entwicklung weist allerdings noch eine weitere, systemspezifische Wachstumsbremse auf: Die Voraussetzung dafür, dass ökonomischer Bedarf in kommerzielle Nachfrage mündet, ist finanzielle Kaufkraft. In der marktwirtschaftlichen Dynamik liegt aber die Tendenz einer sich zunehmend polarisierenden Einkommens- und Vermögensverteilung. Diese bringt das Phänomen relativer Sättigung bei gleichzeitig unerfüllten Bedarfen in ein und derselben Gesellschaft hervor (Zinn 2006). Sättigungstendenzen und steigende Ersparnisbildung in den oberen Einkommensschichten führen zu sinkender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und verursachen einen Mangel an Kaufkraft in den unteren Einkommensschichten, was zusammengenommen zu einer unter den produktionstechnischen Möglichkeiten zurückbleibenden, also gewissermaßen vorzeitig stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Auch hierauf hatte bereits Keynes hingewiesen und in diesem Zusammenhang den Begriff der „räuberischen Ersparnis“ (predatory saving) geprägt (Keynes 1933).

Durch konsequente Umverteilungspolitik lässt sich daher – je nach Ausmaß der erfolgten Umverteilung und der Konzentration von Einkommen und Vermögen – durch eine Stärkung der privaten Nachfrage für einen Übergangszeitraum höheres Wachstum erzielen. Die Trendlinie in Abbildung 2 würde so nach oben verschoben. Durch eine Umverteilungspolitik von den Schichten, die über eine hohe Kaufkraft, aber niedrigen Bedarf verfügen, zu den Schichten, die noch über einen hohen Bedarf, aber kaum Kaufkraft verfügen, können auf diese Weise Stagnationstendenzen hinausgeschoben werden. Dauerhaft aufgehoben werden können sie jedoch nicht.

Ökonomische Zeitenwende notwendig

Der Befund, dass der säkulare Wachstumsrückgang nicht als „Betriebsunfall“ – als Folge falscher konjunktureller Steuerung, fehlerhafter wirtschaftspolitischer Weichenstellungen, eines „überbordenden“ (Sozial-)Staats, zu umfassender Regulierung und dergleichen –, sondern als Folge der Entwicklung privatwirtschaftlicher Konsumtions- und Investitionsprozesse zu verstehen ist, erfordert eine „ökonomische Zeitenwende“ (Steiner 1999, S. 64) in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.

Auf theoretischer Ebene folgt hieraus an oberster Stelle die Konsequenz, grundsätzlich zwischen (Smith'schen) Mangel- und (keynesianischen) Überflusgesellschaften zu unterscheiden. In Ländern, in denen Menschen aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte (noch) nicht in der Lage sind, ihren Überlebensbedarf zu erwirtschaften, kommt dem wirtschaftlichen Wachstum eine zentrale Bedeutung zu. Mit Blick auf diese Gesellschaften muss die Frage der frühen (klassischen) Nationalökonomie im Vordergrund stehen, wie das Wachstum der Wirtschaft, die Effizienz menschlicher Aktivitäten durch technologische, institutionelle und organisatorische Veränderungen maximal gesteigert werden kann, wie also das Stadium des „take off“ (Walt W. Rostow) mit nachfolgender wirtschaftlicher Expansion erreicht werden kann. Wirtschaftspolitik in diesen Gesellschaften muss vorrangig Wachstumspolitik sein, die auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse gerichtet ist. An die Qualität dieser Wachstumspolitik müssen jedoch – anders als zu Zeiten Adam Smiths – heute vergleichsweise hohe Anforderungen hinsichtlich der Umweltverträglichkeit des Wachstumspfades gestellt werden, sollen eintretende Wachstums„erfolge“ nicht schnell in eine globale Umwelt- und Klimakatastrophe münden (Galtung 1985, Stern 2006).

Eine dezidierte Wachstumspolitik hat mit Blick auf Mangelgesellschaften also eine herausragende Bedeutung, während sich in reifen Industriegesellschaften die sozioökonomischen Grundlagen zunehmend wandeln. In der Übergangsphase vom Wachstums- in das Stagnationsstadium muss Wachstumspolitik eine ganz andere Qualität erhalten. Ob Wachstum generiert werden kann, hängt in dieser Phase zunehmend davon ab, einkommensschwache Schichten mit Kaufkraft auszustatten, da diese noch umfassend unbefriedigte Bedarfe und damit eine hohe Konsumquote haben. Ebenso ist es von großer Bedeutung, einen hohen Versorgungsgrad mit öffentlichen Gütern sicherzustellen, wie es auch Keynes für das Ende der zweiten Phase gefordert hat. Im ersten Fall muss durch eine erfolgreiche Umverteilungspolitik der private Konsum belebt werden, im zweiten Fall sind öffentliche Konjunktur- und Investitionsprogramme notwendig. Herkömmliche neoliberale Wachstumspolitik, die sich mangels Erfolgen in eine immer stärkere Spirale aus Deregulierung, Flexibilisierung und Entstaatlichung begibt, wird dagegen zunehmend kontraproduktive Effekte zeitigen (Überproduktionskrisen) oder vermehrt zu Lasten des kollektiven Wohlstands (Umweltverschmutzung) und der menschlichen Entwicklung gehen (Mishan 1967).

Auf längere Sicht kann in reifen Industriegesellschaften die Lösung ökonomischer Probleme jedoch immer weniger allein von der Herstellung dauerhaft hoher Zuwächse der rein quantitativen Größe Bruttoinlandsprodukt abhängig gemacht werden. Dies gilt insbesondere für die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit. Da sich der dekadentübergreifende Trend abnehmender Wachstumsraten aus den genannten Gründen durch eine erfolgreiche Umverteilungspolitik und eine massive Ausweitung öffentlicher Ausgaben zwar bremsen, nicht aber umkehren lassen, kann Arbeitslosigkeit als „Geißel der Menschheit“ langfristig nur mit Instrumenten bekämpft werden, die Beschäftigungseffekte auch ohne oder bei geringem Wachstum hervorbringen. Solche Maßnahmen betreffen alle Möglichkeiten einer anderen Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens, also wöchentliche Arbeitszeitverkürzungen, Sabbaticals, niedrigere Renteneintrittsalter und so weiter. Bis in die 1980er-Jahre hinein wurden solche Strategien noch verfolgt, und es bestand ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass über eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit wirksam entgegengewirkt werden kann. Interessanterweise gab und gibt es offensichtlich mehr Anhänger der Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung als Anhänger der Sättigungsthese, obwohl beides unmittelbar miteinander zusammenhängt: Wer Arbeitszeitverkürzung als

Lösung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordert, vertritt automatisch – wenn auch vielfach uneingestanden – die Sättigungsthese. Hierauf haben kürzlich Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker hingewiesen: „Den meisten Befürwortern der Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist zwar nicht klar, dass sie eigentlich Anhänger dieses Wachstumspessimismus sind, das hindert uns aber nicht daran, auf diese logische Konsequenz hinzuweisen“ (Flassbeck/Spiecker 2007, S. 38). Dieser bislang in Wirtschaftstheorie wie -politik kaum gesehene, geschweige denn thematisierte Widerspruch zeigt, dass es noch erheblichen Diskussionsbedarf hinsichtlich notwendiger wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten in reifen Industriegesellschaften gibt.

Mittlerweile ist es dem Mainstream in Politik und Ökonomik aber ohnehin gelungen, eine völlige Wende in der Beurteilung von Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen. Paradoxerweise gilt heute selbst bis in Beschäftigtenkreise hinein *Arbeitszeitverlängerung* als Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktkrise und wird vermutlich im Kontext der aktuellen Krise weiter an Bedeutung gewinnen.

Vollbeschäftigung ohne Wachstum?

Da die Wachstumsoption als einfache Lösung zunehmend ausfällt, müssen alternative Lösungsmöglichkeiten stärker gegen den ökonomische Mainstream in den Fokus gerückt werden. Die zugrunde liegende Leitfrage muss lauten: Wie lässt sich „Voll“beschäftigung und damit Einkommen für die Erwerbsbevölkerung in entwickelten Industriegesellschaften langfristig ohne die Notwendigkeit einer exponentiellen Steigerung des jährlichen Sozialprodukts beziehungsweise mit nur geringem Wachstum herstellen?

Eine weitere wichtige Konsequenz der geschilderten Wachstumsgrenzen liegt darin anzuerkennen, dass gerade eine neoliberale Angebotsstrategie – etwa durch Entlastung der Unternehmen von Lohn(neben)kosten und Steuern, also durch eine Umverteilung von Staatshaushalt und Arbeitseinkommen zu den Unternehmensgewinnen – das ungeeignetste Mittel darstellt, mehr Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit zu erreichen. Aufgrund der hiermit verbundenen Schwächung der Masseneinkommen und damit des privaten Konsums würde die wirtschaftliche Entwicklung sogar zusätzlich gebremst.

Solange die Rückkehr zu hohen Wachstumsraten auch unter den Bedingungen reifer Industriegesellschaften als prinzipiell „machbar“ gilt, besteht die Gefahr, dass niedrige oder sogar weiter zurückgehende Wachstumsraten als Ausweis einer zu starken Belastung „der Wirtschaft“ mit Steuern, Abgaben und staatlichen Regulierungen interpretiert werden, was unternehmerische Initiative verhindere, zumindest aber behindere. Mit anderen Worten: Solange das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht wieder auf höhere Niveaus steigt, wird weiter Druck in Richtung Entlastung, Flexibilisierung und Deregulierung gemacht. Auf diese Weise droht die Entlastungsspirale von Steuer-, Arbeitskosten- und Abgabensenkungen weiter beschleunigt zu werden, was einerseits die Binnennachfrage, andererseits die Steuerbasis und damit die Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig schwächt (Eicker-Wolf/Truger 2006) – ohne dass sich kompensierende dauerhafte Wachstumserfolge einstellen. Früher oder später trifft dies auch die Produktionsbedingungen der privaten Wirtschaft negativ – etwa aufgrund fehlender oder erodierender Infrastruktur, schlechter Bildungsstandards, sich weiter verschlechternder Absatzbedingungen –, sodass der gesamtgesellschaftliche Effekt selbst aus Sicht der Unternehmen langfristig kontraproduktiv ist.

Zeitwohlstand als Zukunftsdividende

Stagnation wurde im Vorangegangenen als endogener Prozess entwickelter Industriegesellschaften definiert und begründet. Dabei wurde zwischen der langfristigen Grundtendenz und der darüber hinausgehenden gewissermaßen vorzeitigen Herbeiführung von Stagnation unterschieden. Letzterer ist durch eine Stärkung der Massenkaufkraft mittels Umverteilung und höheren Staatsausgaben zu begegnen. Langfristig wird sich aber aufgrund der geschilderten Grundtendenz der Stagnationstrend nicht brechen lassen. Dies hat ausdrücklich nichts mit einer Propagierung einer „Wende zum Weniger“ zu tun, sondern stellt eine Diagnose einer sukzessiv sich vollziehenden „Wende zum Genug“ dar.

Grundsätzlich steht die Ökonomik damit vor der Aufgabe, die Ziele wirtschaftlichen Handelns in der Überflusgesellschaft neu zu definieren. Wird „Immer mehr“ als letzter Sinn solchen Handelns und als natürliche Konsequenz menschlicher Bedürfnisbefriedigung legitimiert, werden nicht nur die damit verbundenen ökologischen Probleme negiert, sondern auch ein Zusammenhang zwischen Bedürfnisbefriedigung und wirtschaftlichem Wachstum konstruiert, der so nicht existiert. Produktivitätsfortschritte führen bei zunehmenden relativen Sättigungstendenzen immer weniger zu Wachstumseffekten und damit zu Wohlstandsgewinnen. Im Gegenteil: Produktivitätsfortschritte schlagen sich dann vor allem in wachsender Arbeitslosigkeit nieder. In Zukunft muss es daher gelingen, den Produktivitätsfortschritt vermehrt für unterschiedliche Formen von Arbeitszeitverkürzung zu nutzen – und somit für eine neue Wohlstandsdimension, den Zeitwohlstand. Genau dies hatte Keynes im Blick, als er 1943 schrieb (Keynes 1943, S. 162): „Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten.“

Literatur

- Afeltdt, Horst (1994): Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder. Frankfurt am Main, Wien
- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2006, S. 171–182
- Bandholz, Harm / Flaig, Gebhard / Mayr, Johannes (2005): Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern. Eine langfristige Perspektive. In: ifo Schnelldienst 4/2005, S. 28–36
- Biedenkopf, Kurt (2009): „Jahrhundert der Bescheidenheit“. Spiegel-Gespräch. In: Der Spiegel, Nr. 31, 27.7.2009, S. 68–70
- Bofinger, Peter (2009): Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen. Berlin
- Brentano, Lujo (1924): Versuch einer Theorie der Bedürfnisse. In: Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft. Gesammelte Aufsätze von Lujo Brentano. Leipzig
- Eggert, Ulrich (1997): Konsumententrends. Düsseldorf.
- Eicker-Wolf, Kai / Truger, Achim (2006): Volles Risiko. Zur makroökonomischen Politik unter der großen Koalition. In: Beier, Angelika / Eicker-Wolf, Kai / Körzell, Stefan / Truger, Achim (Hg.): Investieren, sanieren, reformieren? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition. Marburg, S. 13–60
- Flassbeck, Heiner / Spiecker, Friederike (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen. Frankfurt am Main
- Galbraith, John Kenneth (1970/1958): Gesellschaft im Überfluß. München, Zürich
- Galtung, Johan (1985): Die globale Verteilung von Wachstum und Stagnation. In: Jänicke, Martin (Hg.): Vor uns die goldenen neunziger Jahre? Langzeitprognosen auf dem Prüfstand. München, S. 119–129
- Gehlen, Arnold (1986/1956): Urmensch und Spätkultur. Wiesbaden
- Guggenberger, Bernd (1989): Vom Bürger zum Freizeitpatienten? Urteilsverlust, Muße-Inkompetenz und Langeweile. Sind wir auf die Freizeitgesellschaft vorbereitet? In: Umweltökonomie und Umweltpolitik. Verbraucherpolitische Hefte 8/1989, S. 17–30

- Imobersteg, Markus (1967): Die Entwicklung des Konsums mit zunehmendem Wohlstand. Bestimmungsgründe und Auswirkungen. Zürich, St. Gallen
- Kaapke, Andreas / Bald, Christian / Knob, Alexandra / Wilke Kai (2005): Reaktionsmöglichkeiten für Handelsunternehmen im Hinblick auf die Veränderungen der Altersstruktur. Eine Studie des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln (IfH), Köln
- Keynes, John Maynard (1930/2007): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder. In: Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema in neuer Übersetzung von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. Marburg, S. 135–158
- Keynes, John Maynard (1943/2007): Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung, in: Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema in neuer Übersetzung von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. Marburg, S. 159–164
- Keynes, John Maynard (1933/1979): Towards the General Theory. In: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 29, The General Theory and After. A Supplement, hg. von Donald Moggridge. London-Basingstoke, S. 107–111
- Keynes, John Maynard (1936/1983): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin (6. Aufl.)
- Maslow, Abraham H. (1978/1954): Motivation und Persönlichkeit. Freiburg i.B. (Olten, 2., erw. Aufl.)
- Maußner, Alfred / Klump, Rainer (1996): Wachstumstheorie. Berlin, Heidelberg, New York
- Mishan, E.J. (1967/1973): The Costs of Economic Growth. Harmondsworth
- Neuhauser, Gertrud (1964): Zur Frage der Konsumneigung in der wachsenden Wirtschaft. In: Ohm, Hans (Hg.): Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Gedächtnisschrift für Hans-Jürgen Seraphim. Berlin, S. 21–39
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften. Marburg
- Reuter, Norbert (2004): „Antizyklische Fiskalpolitik“ und „deficit spending“ als Kern des Keynesianismus? Eine „schier unausrottbare Fehlinterpretation“. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 30. Jg., Heft 3, S. 325–345
- Schaaff, Herbert (1990): Sättigung und Stagnation aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Bd. 19, Nr. 3, S. 123–128
- Scitovsky, Tibor (1977): Psychologie des Wohlstands. Die Bedürfnisse des Menschen und der Bedarf des Verbrauchers. Frankfurt am Main, New York
- Siegenthaler, Hansjörg (2000): Arbeitsmarkt zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht im Zeitalter modernen Wirtschaftswachstums. In: Kocka, Jürgen / Offe, Claus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt am Main, New York, S. 88–109
- Steiner, Helmut (1999): Der Kurzschluß der Marktwirtschaft, Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten. Berlin.
- Stern, Nicholas (2006): The Economics of Climate Change. The Stern Review. Cambridge (Cambridge University Press)
- Wiswede, Günter (1990): Der „neue Konsument“ im Lichte des Wertewandels. In: Szallies, Rüdiger / Wiswede, Günter (Hg.): Wertewandel und Konsum. Fakten, Perspektiven und Szenarien für Markt und Marketing. Landsberg, Lech, S. 11–40
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) (2008): Werbung in Deutschland 2008. Berlin
- Zinn, Karl Georg (1994): Die Wirtschaftskrise, Wachstum oder Stagnation, Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, Mannheim / Leipzig / Wien / Zürich.
- Zinn, Karl Georg (2006): Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln (4. Aufl.)

**Diese Studie von Dr. Norbert Reuter erschien zuerst in:
Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär Nr. 13 / 2009, S. 176-188.**